

Dr. Mathias Middelberg

- (A) Deswegen habe ich überhaupt keine Probleme damit, in der nächsten Woche zu dem Direktor der Caritas bei mir vor Ort zu gehen. Bei dem habe ich einen Termin, und ich werde ihm als Erstes berichten, dass er seine Post demnächst günstiger verschicken kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat das Wort die Kollegin Nicolette Kressl von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, warum die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnen wird.

Erstens. Nach der EuGH-Entscheidung und vor allem nach der neuen Bewertung dieser EuGH-Entscheidung durch Sachverständige hatten Sie die Chance, die günstige Grundversorgung für bestimmte Massensendungen, zum Beispiel von gemeinnützigen Körperschaften, sicherzustellen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde es unglaublich dreist, die Sachverständigen in der Anhörung zum Beispiel dadurch zu desavouieren, dass Sie die veränderte Position der Monopolkommission als „in-kompetent“ bezeichnen. Dann können wir uns diese Anhörungen in Zukunft auch sparen.

- (B) (Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch den Verweis, dass die Caritas und die Kirchen in Zukunft günstiger versenden können, akzeptieren wir nicht. Das wird nämlich erst der Fall sein, wenn die Post zu Hungerlöhnen ausgetragen wird. Sie machen das entweder zulasten der Vereine oder zulasten der Beschäftigten. Das kann aber doch nicht die Alternative sein.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Kressl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dautzenberg?

Nicolette Kressl (SPD):

Aber natürlich.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Kollegin Kressl, würden Sie mir in Ihrer Objektivität zustimmen, dass von keinem Redner, auch von keinem Redner meiner Fraktion, die Sachkompetenz der Sachverständigen infrage gestellt worden ist, sondern wir uns immer auf die Anzahl derer, die etwas befürwortet haben, bezogen haben? Für unsere politische Ent-

scheidung war entscheidend, wie die Aussagen zu werten waren. Wir sind zu einer Entscheidung gekommen. Das kann man nicht so abqualifizieren, dass wir die Kompetenz der Sachverständigen infrage gestellt haben. (C)

(Sabine Bätzing [SPD]: Doch!)

Nicolette Kressl (SPD):

Herr Kollege Dautzenberg, gut, dass Sie noch einmal nachfragen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Vielleicht wissen Sie nicht mehr, was Sie gesagt haben. Ich darf Sie erinnern: Sie haben im Ausschuss höchstpersönlich gesagt, wir sollten uns nicht nach der Anzahl der Sachverständigen richten, sondern auch nach deren Kompetenz.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nein! Ich habe nicht gesagt „Kompetenz“! Ich habe gesagt, nach deren Inhalten!)

– Doch. – Die logische Schlussfolgerung heißt: Es waren zwar viele, aber nicht die Kompetenten, die diese neue Position eingenommen haben. Es tut mir leid, Herr Dautzenberg, aber da kommen Sie nicht mehr heraus.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist Ihre Interpretation, Frau Kollegin!)

Zweitens. Sie verstecken in diesem Gesetz durch zwei schamhafte Umdrucke massivste Steuermindereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen. Das sagen nicht nur wir. Das haben Sie auch in den Anhörungen mitgeteilt bekommen. Erst vorletzte Woche hat Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt und Präsidentin des Deutschen Städtetages, in Bezug auf dieses Gesetz deutlich gemacht: Das bedeutet noch einmal 650 Millionen Euro Mindereinnahmen für die Kommunen. (D)

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Woher haben Sie denn diese Zahl? Das stimmt doch nicht! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das sind doch Mondzahlen!)

Sie bittet dringend darum, im Interesse der Kommunen auf diese Regelung zu verzichten. Ich sage das, damit klar ist, dass wir uns das nicht ausgedacht haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer wieder wird das Argument der Einfachheit vorgebracht. Ich darf daran erinnern, dass wir von der SPD-Fraktion im Ausschuss gefragt haben, ob dieses ausführliche BMF-Schreiben zum Thema „Funktionsverlagerungen“ wegfallen würde; dann würde wenigstens dieses Argument stimmen.

Die Antwort war: Nein, wird es nicht. Das heißt, weder die Versorgung der Kommunen mit Steuermitteln noch die Frage der Einfachheit sind geklärt. Sie hätten wirklich darauf verzichten sollen.

Nicolette Kressl

- (A) Besonders schlimm finde ich – ich habe es vorhin schon gesagt –, dass Sie das Aufribbeln der Gegenfinanzierung der Unternehmensteuerreform auch noch in zwei schamhaften Umdrucken versteckt haben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist unverschämte! Die Umdrucke waren Gegenstand der Anhörung, Frau Kressl! Da ist nichts versteckt worden! Das ist unverschämte, was Sie behaupten! Wir haben das zum Gegenstand der Anhörung gemacht! Sonst könnten Sie sich doch gar nicht darauf beziehen!)

Ich finde, wenn man das tun will, sollte man öffentlich dazu stehen und es auch so benennen, statt es in Umdrucken zu verstecken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Carl-Ludwig Thiele.

Carl-Ludwig Thiele (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Kollegin Kressl, ich glaube, die Übung im Finanzausschuss im Gesetzgebungsverfahren entsprach nicht der Übung der vergangenen elf Jahre. Dass beabsichtigte Änderungsanträge zu einem Gesetzentwurf den Sachverständigen zur Anhörung zugeleitet werden, damit sie die Möglichkeit haben, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen, gehört dazu.

- (B)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist das!)

Dass ein Sachverständiger möglicherweise etwas anderes sagt, als man selbst empfindet, gehört auch dazu. Das Privileg der Politik besteht aber darin, die Aussagen der Sachverständigen zu werten.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Zu machen, was man will, egal, was die Sachverständigen sagen!)

– Entschuldigung, es gab unterschiedliche Sachverständige; das ist in Anhörungen absolut normal und war auch in vergangenen Legislaturperioden so.

Die Sachverständigen tragen dazu bei, die Tiefe der Materie zu durchdringen. In der Vergangenheit wurden aus Ihrer Sicht entsprechende Wertungen vorgenommen und letzte Änderungen im Gesetzgebungsverfahren so vorgenommen, wie Sie es für richtig gehalten haben. Wir haben uns mit den Sachverhalten beschäftigt und die Entscheidung so getroffen, wie wir es für richtig halten. Das ist gegen keinen Sachverständigen gerichtet, sondern ganz normaler Bestandteil des Verfahrens. Weil wir nicht alle Details beherrschen können, haben wir uns kundig gemacht. Nachdem wir alle angehört haben, haben wir in einem sauberen, offenen und transparenten Verfahren genau die Entscheidung getroffen, die heute im Bundestag zur Abstimmung steht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kressl zur Erwiderung.

(C)

Nicolette Kressl (SPD):

Herr Kollege Thiele, es ist völlig richtig, dass die Umdrucke bei der Anhörung beraten worden sind.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Warum sagen Sie das dann? Sie haben doch gerade etwas anderes behauptet! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Warum haben Sie es vorhin anders behauptet?)

Das entspricht im Übrigen sehr wohl dem bisherigen Verfahren. Sie wissen: Wenn Umdrucke nicht in Anhörungen waren, können sie nachher nicht ins Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden. Das habe ich auch gar nicht gesagt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

Ich habe gesagt, dass Sie es in diesem Gesetz verstecken.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Von „klammheimlich“ haben Sie gesprochen! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: „Klammheimlich“ haben Sie gesagt!)

Wenn Sie Steuermindereinnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro verursachen,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das sind die Zahlen des Finanzministeriums!)

finde ich nicht, dass Sie dies in einem Umdruck, ob Anhörung oder nicht, zum Gesetzentwurf zur Umsetzung von EU-Vorgaben beim Thema Post verstecken sollten. Dann sollten sie ein Gesetz machen, über das Sie sinngemäß schreiben: Wir geben den Unternehmen jetzt alles wieder, wie sie es bei der Gegenfinanzierung der Unternehmensteuerreform schon immer wollten. Ich finde, das wäre der richtige Weg für eine gute politische Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass es unterschiedliche Bewertungen dessen, was die Sachverständigen sagen, gibt, ist völlig klar. Aber ich will noch einmal das Zitat aus dem Ausschuss nennen, das lautete: Es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität von Sachverständigen an. – Ich finde, das überschreitet die Grenzen, wie man mit Sachverständigen umgehen sollte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich lasse keine weitere Kurzintervention zu. Es ist unüblich, eine Serie von Kurzinterventionen abzuhalten. Herr Dautzenberg, ich bitte um Verständnis.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber wenn hier Behauptungen aufgestellt werden, die unzutreffend sind?)

(D)